

Die Wehrvorlagen und ihre Deckung.

Dem Reichstage sind nunmehr die neuen Wehrvorlagen, sowohl im Zusammenhang damit eine Ergänzung des Staatsentwurfs für 1912 mit einer Denkschrift über die Deckung der Kosten und endlich der Gesetzesentwurf über die Belebung des Brannweincontingents zugegangen. In der Hauptrichtlinie entfällt die Militärvorlage eine Neuerteilung von 17 Bataillonen Infanterie, 6 Feldartillerien, 10 Feldartilleriebatterien, 6 Bataillonen Pioniere, Verbundstruppen und Train, 108 Maschinengewehr-Kompanien, neueren Staatsverhältnissen an Mannschaften bei der Infanterie, Feldartillerie und Verbundstruppen, endlich eine Anzahl neuer Kommandobehörden, wovon unter insbesondere zwei Generalstabsabteilungen hervorzuheben sind. Die

Friedensstärke des Heeres

steigt dadurch um rund 29 000 Mann, die Kosten betragen in den Jahren 1912 bis 1917: 79,5, 101, 78, 58, 62, 62 Mill. M. Die Ergänzung zum Hauptrichtlinie sieht zur Belebung organisatorischer Möglichkeiten die allmähliche Bildung eines dritten aktiven Geschwaders vor, und zwar durch Berichtigung auf das Reitereselotteriegeschäft und die zurzeit vorhandene Materialreise sowie durch den Bau von drei Linienschiffen und zwei kleinen Kreuzern; weiter verlangt sie eine Personalvermehrung, Beschaffung einiger Linienschiffe und Vermehrung der Unterseeboote.

Die Kosten

werden 1912 bis 1917 betragen: 15, 29, 39,

40, 44, 43 Mill. M., davon auf einmalige Ausgaben entfallen: 12,4, 22, 29, 25, 24,

18 Mill. M. Zur Deckung der Mehrkosten stehen zunächst für das Jahr 1912 eine Reihe von Wehrreinnahmen zur Verfügung, die bei der Ausstellung des Staats im Frühherbst noch nicht zu erwarten waren, auf die aber jetzt gerechnet werden kann, nämlich 45 Mill. M. an Zöllen und Steuern, sowie rund 15 Mill. M. an Überschüssen der Eisenbahn- und Postverwaltung einschließlich Ausgleichsbeiträgen. Bei der Vergleichung der in den letzten Jahren durch Erzung verminderten Reichsrichthalt lassen sich zehn und durch Erhöhung der Kosten für den Kaiser-Wilhelm-Kanal infolge langameren Vorantritts des Baues gleichfalls zehn Millionen Mark sparen, so daß insgesamt 80 Mill. M. mehr zur Verfügung stehen, als bei der Vorlage des Staats angenommen. Den fehlenden Rest bringt die

Aushebung des Brannweincontingents,

das 1912 14,5 und in jedem der folgenden Jahren 36 Millionen Mark Wehrreinnahmen ergeben soll. Das Kontingent wird außer für Bayern, Württemberg und Baden aufgehoben und in diesen Staaten für gewerbliche Brennereien auf fünf, für andre Brennereien auf 7,50 Mark herabgesetzt. Für die kleinen Ostsiedlungsgebiete sowie für kleinere landwirtschaftliche Brennereien bleiben besondere Schutzvorschriften bestehen. Damit verbinden sich einige Verbesserungen des übrigen Brannweinsteuerregels sowie das Verbot der Anwendung von Alkohol, Alkohol usw. zu Nahrungs- und Genussmitteln usw. Die

Verwendung der Überschüsse

aus dem Jahre 1911 sowie der im Jahre 1912

zu erzielenden Überschüsse bleibt der Belebung der nächstjährigen Staatsgelehr überlassen. Die dem Ergänzungsetat beigelegte Denkschrift berechnet die voraussichtliche Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen in den nächsten Jahren unter Berücksichtigung des Umstandes, daß die Zuckertaxe am 1. April 1914 und die Grundwechselabgabe am 1. Juli 1914 ermäßigt werden soll. Sie kommt zu dem Ergebnis, daß die Kosten der Wehrvorlagen ohne wesentliche Beeinträchtigung der von den verbündeten Regierungen im Einverständnis mit dem Reichstage geplanten Gestaltung des Ciro-Ordinariums und der Schuldenentlastung beitreten können, unter den Voraussetzungen, daß die

Grundsätze sparsamer Wirtschaftsführung

ebenso gehandelt bleibent wie in den letzten Jahren, daß die gegenwärtige Lage sich nicht sichtbar verschlechtert und keine besonderen neuen Anforderungen an das Reich heranziehen; anderfalls würde sich die Notwendigkeit ergeben, neue Einnahmequellen zu erschließen, aber die Gemäßigung einzelner Steuern ganz oder zum Teil für einige Jahre hinauszuschieben. Gemeint ist damit die für den 1. April 1914 festgelegte Herabsetzung der Zuckersteuer und die für den 1. Juli 1914 bestimmte Fortsetzung des Rückzuges zur Grundwechselabgabe von 100 Prozent.

Politische Rundschau.

Deutschland.

* Nach Angabe eines italienischen Blattes soll Kaiser Wilhelm gelegentlich seines Aufenthaltes in Venetien gegenüber gesagt haben: „Wenn ich ein so intelligentes und patriotisches Volk wie das italienische hätte, würde ich die Hälfte Europas erobern.“ Da diese Nachricht auch in die deutsche Presse übergegangen ist, wird die Stellungnahme des Reichsministers für auswärtige Angelegenheiten bei dem Schluß der englischen Botschaft verloren haben; und wir doch nicht sicher, daß nicht auch unter Volk unter diesem Unfall schwer zu leiden hat. Ich danke Ihnen für den Ausdruck Ihres Bedauerns und Ihres Schmerzes, den Sie durchaus bewiesen haben, daß Sie sich von Ihren Wünschen erhoben.

Auf der Tagesordnung steht der Entwurf des Reichsbahndienstes.

Abg. III 14 (soz.): Dieses Amt löst und jährlich Hunderttausende, aber es kostet nichts. Von einem neuemswerten Eingreifen des Amtes in die Eisenbahnmaterie ist leider nicht die Rede. Man holt für Preußen ungünstige Vorzeile heraus. In Hessen hält man den Eisenbahnvertrag mit Preußen für ungünstig. Jeder verkehrspolitische Einfluß geht an Preußen verloren. Der Vertrag verläuft gegen die guten Sitten. Wir verlangen nach wie vor Übernahme aller Eisenbahnen in Deutschland auf das Reich.

Rut dieses kann eine allgemeine Tarifermäßigung bringen und die Verkehrsbehörde befreien im Interesse der Nation.

Abg. Schwabach (nat. lib.): Die preußische Eisenbahngemeinschaft steht mit dem Gott nur in sehr totem Zusammenhang. Wie steht es mit einem internationalen Abkommen über den Personen- und Güterverkehr, das der Präsident des Reichsbahndienstes in Aussicht gestellt hat?

Internationale Zusammenfassung des gesamten Verkehrs

einschließlich des Güterverkehrs; auch nach der wiederaufgenommenen Seite des Tarifdienstes. Wir freuen die Teilnehmergemeinschaft an, gesetzt auf die Reichsverfassung; Bayern wird auf sein Recht schließlich verzichten müssen. Wie es auch hier heißen: Preußen in Deutschland voran!

Abg. Schirmer (zentr.): Eine allzuweitgehende Zentralisierung kann keinen großen Nutzen bringen. Das bayrische Recht darf nicht angezapft werden. Der Resolution der Nationalliberalen über die Dienst- und Aufgaben ist Ihnen zu stimmen.

Abg. Hirsch (fortdr.): Die Forderung einer Belebung des Eisenbahnausbaus geht zu weit. Immerhin hat es seine Hauptaufgabe erfüllt, daß Eisenbahnen zu vereinfachen. Ein Konkurrenzkampf darf unter deutschen Eisenbahnen überhaupt nicht geführt werden. Die Bestimmungen über die Arbeitszeit der Lokomotivführer sind sehr änderungsbefürftig. Das Reichsbahndienstes würde sich ein Verdienst mit der Regelung der Arbeitszeiten erwerben.

Präsident des Reichsbahndienstes Wackerbarth: Von der Täglichkeit des Amtes bringt sehr wenig nach außen. Aber die im Bericht erfolgten Verbesserungen sind nur möglich durch diese Täglichkeit. Die Reichsbahndienstes bemüht sich um die Vereinheitlichung des Betriebes.

Die Einzelstaaten könnten dies gar nicht selbstständig tun. Die Vorwürfe der Unloyalität gegen die preußische Verwaltung sind blos. Zu einer Belebung des preußisch-hessischen Betriebes durch das Reich liegt keine Veranlassung vor. Der Entwurf über die Haftung der Eisenbahnen läßt jetzt jeden verbündeten Regierung vor. Die Regelung des Dienstes auf reichsgelehrtem Wege ist unmöglich durchzuführen. Die Behauptung, daß durch die Dienstregelung die Sicherheit des Betriebes leide, ist ungrundlos. Die Mitteilungen über Dienstzeiten durch Beamte haben keinen Wert; sie sind einseitig. Die gesundheitlichen Verhältnisse des Personals sind darüber ganz. Eine Verkürzung der Dienstzeit würde eine Wertschöpfung von 45 Millionen vermischen. Die Vereinheitlichung ist nicht leicht durchzuführen. Ein deutsches Eisenbahnparlament, von dem Bundesstaaten gebildet, würde eine Vereinheitlichung auch nicht bringen. Die Resolution, die dazu gestellt ist, bitte ich abzulehnen.

Abg. Will (ell. str.): Die Neuregelung der Dienstzeit ist notwendig. Räumlichlich die Anforderungen an die Lokomotivführer sind zu hoch. Hier werden die Schwierigkeiten auch durch längere Radstrecke nicht wesentlich gemindert. Ich bitte, die Resolution anzunehmen.

Abg. Voestens (wirtsh. Berg.): Wenn Mon-

derie mit der belgischen Finanzgruppe Einfluß zu erheben.

Deutscher Reichstag.

Am 16. April eröffnet Präsident Klemm die Sitzung mit der Begrüßung der Abgeordneten zur ersten Sitzung nach den Osterferien und fügt dann fort: „Ich teile dem Hause mit, daß der Dampfer ‚Titanic‘ mit mehr als tausend Menschenleben untergegangen ist. Wir werden unter schwierigsten Bedingungen uns über das Unglück, das in dieser Linie das englische Volk betroffen hat, in zweiter Linie alle die Nationen, die Angehörige bei dem Schiffsunglück verloren haben; und wir doch nicht sicher, daß nicht auch unter Volk unter diesem Unglück schwer zu leiden hat. Ich danke Ihnen für den Ausdruck Ihres Bedauerns und Ihres Schmerzes, den Sie durchaus bewiesen haben, daß Sie sich von Ihren Wünschen erhoben.

Auf der Tagesordnung steht der Entwurf des Reichsbahndienstes.

Abg. III 14 (soz.): Dieses Amt löst und jährlich Hunderttausende, aber es kostet nichts. Von einem neuemswerten Eingreifen des Amtes in die Eisenbahnmaterie ist leider nicht die Rede. Man holt für Preußen ungünstige Vorzeile heraus. In Hessen hält man den Eisenbahnvertrag mit Preußen für ungünstig. Jeder verkehrsrechtliche Einfluß geht an Preußen verloren. Der Vertrag verläuft gegen die guten Sitten. Wir verlangen nach wie vor Übernahme aller Eisenbahnen in Deutschland auf das Reich.

Rut dieses kann eine allgemeine Tarifermäßigung bringen und die Verkehrsbehörde befreien im Interesse der Nation.

Abg. Schwabach (nat. lib.): Die preußische Eisenbahngemeinschaft steht mit dem Gott nur in sehr totem Zusammenhang. Wie steht es mit einem internationalen Abkommen über den Personen- und Güterverkehr, das der Präsident des Reichsbahndienstes in Aussicht gestellt hat?

Internationale Zusammenfassung des gesamten Verkehrs

einschließlich des Güterverkehrs; auch nach der wiederaufgenommenen Seite des Tarifdienstes. Wir freuen die Teilnehmergemeinschaft an, gesetzt auf die Reichsverfassung; Bayern wird auf sein Recht schließlich verzichten müssen. Wie es auch hier heißen: Preußen in Deutschland voran!

Abg. Schirmer (zentr.): Eine allzuweitgehende Zentralisierung kann keinen großen Nutzen bringen. Das bayrische Recht darf nicht angezapft werden. Der Resolution der Nationalliberalen über die Dienst- und Aufgaben ist Ihnen zu stimmen.

Abg. Hirsch (fortdr.): Die Forderung einer Belebung des Eisenbahnausbaus geht zu weit. Immerhin hat es seine Hauptaufgabe erfüllt, daß Eisenbahnen zu vereinfachen. Ein Konkurrenzkampf darf unter deutschen Eisenbahnen überhaupt nicht geführt werden. Die Bestimmungen über die Arbeitszeit der Lokomotivführer sind sehr änderungsbefürftig. Das Reichsbahndienstes würde sich ein Verdienst mit der Regelung der Arbeitszeiten erwerben.

Präsident des Reichsbahndienstes Wackerbarth: Von der Täglichkeit des Amtes bringt sehr wenig nach außen. Aber die im Bericht erfolgten Verbesserungen sind nur möglich durch diese Täglichkeit. Die Reichsbahndienstes bemüht sich um die Vereinheitlichung des Betriebes.

Die Einzelstaaten könnten dies gar nicht selbstständig tun. Die Vorwürfe der Unloyalität gegen die preußische Verwaltung sind blos. Zu einer Belebung des preußisch-hessischen Betriebes durch das Reich liegt keine Veranlassung vor. Der Entwurf über die Haftung der Eisenbahnen läßt jetzt jeden verbündeten Regierung vor. Die Regelung des Dienstes auf reichsgelehrtem Wege ist unmöglich durchzuführen. Die Behauptung, daß durch die Dienstregelung die Sicherheit des Betriebes leide, ist ungrundlos. Die Mitteilungen über Dienstzeiten durch Beamte haben keinen Wert; sie sind einseitig. Die gesundheitlichen Verhältnisse des Personals sind darüber ganz. Eine Verkürzung der Dienstzeit würde eine Wertschöpfung von 45 Millionen vermischen. Die Vereinheitlichung ist nicht leicht durchzuführen. Ein deutsches Eisenbahnparlament, von dem Bundesstaaten gebildet, würde eine Vereinheitlichung auch nicht bringen. Die Resolution, die dazu gestellt ist, bitte ich abzulehnen.

Abg. Will (ell. str.): Die Neuregelung der Dienstzeit ist notwendig. Räumlichlich die Anforderungen an die Lokomotivführer sind zu hoch. Hier werden die Schwierigkeiten auch durch längere Radstrecke nicht wesentlich gemindert. Ich bitte, die Resolution anzunehmen.

Abg. Voestens (wirtsh. Berg.): Wenn Mon-

derie mit der belgischen Finanzgruppe Einfluß zu erheben.

Was der Vortreter über das Eisenbahnpersonal sagt, trifft zu. Die angeblich nachteiligen Folgen der geistlichen Regelung in der Schweiz können mich nicht überzeugen. Dort ist nicht die geistliche Regelung nachteilig, sondern die dort gut gehobene Art der Regelung. Die Löhne und Entlohnungen der Eisenbahnarbeiter sind noch nicht befriedigend. In einzelnen Reihen werden sogar noch verschwendete Löhne gezahlt. Ist es richtig, daß die Elektrifizierung der Staatsbahnen eine

Schwächung der Landesverteidigung zur Folge hat? Hoffentlich unterbleibt wenigstens eine Schärfung des Sozialrechts der Arbeiter von Elektroarbeitsverträgen, die den Strom für staatliche Bahnen liefern.

Das Haus verlädt sich.

Der Riesendampfer „Titanic“ gesunken.

Der englische Riesendampfer ‚Titanic‘, der größte Dampfer der Welt, ist auf der Reise von England nach Amerika, der ersten Ozeanfahrt, die er machte, nahe der amerikanischen Küste mit einem Eisberg zusammengetrieben, wobei das Schiff schwere Beschädigungen erlitt, die Fahrt aber fortsetzen konnte. Die Hoffnung jedoch, daß es gelingen werde, das Riesenschiff zu bergen und alle Personen, die sich an Bord befanden, auf die Hilfe herbeigeeilten Schiffe hinüberzutreten, wird durch die neuesten Meldungen sehr zerstört. Danach ist die ‚Titanic‘ bei dem Versuch, den nächsten Hafen zu erreichen, untergegangen und weit über tausend Menschen sind ertrunken.

Die englische ‚White Star Line‘, der der Dampfer gehört, gibt bekannt, daß von 2200 Passagieren und Mannschaften der geflohenen ‚Titanic‘ nur 675 Seelen gerettet worden seien. Wie der Dampfer ‚Olympic‘ durch Rumpfbruch nach Cape Race meldet, zählen zu den Getöteten viele Frauen und Kinder. Die ‚Titanic‘ gehörte mit ihrem Schwesterschiff ‚Olympic‘ zu den größten Schiffen, die je den Ozean kreuzt haben. Sie übertraf mit ihren 45 000 Tonnen Wasserdrückung die größten und schnellsten Dampfer der Cunard Linie, ‚Mauretania‘ und ‚Lusitania‘, noch um 15 000 Tonnen. Der Dampfer war 280 Meter lang, 30 Meter breit, und das Bootsbord lag 20 Meter über dem Wasser. Er hatte neun Decks übereinander und konnte neben seiner Beladung von 800 Mann noch 5000 Passagiere fassen. Wie die ‚Olympic‘ ist auch die ‚Titanic‘ ein mit dem größten Luxus eingerichtetes schwimmendes Hotel.

Die Nachricht vom Untergang des Dampfers ‚Titanic‘ gelangte sofort nach ihrem Bekanntwerden in Berlin auf amtlichem Wege zur Kenntnis des Kaisers, der von der Unglücksbotschaft tief ergriffen war. Er sprach wiederholte Male lebhafte Bedauern und sein regles Mitleid aus mit dem tragischen Gescheit, das den größten Dampfer der Welt betroffen habe, und mit dem Verlust so zahlreicher Menschenleben. Da widerstreitende Nachrichten vorlagen, gab der Kaiser den Befehl, genaue Erkundigungen über die Größe des erschütternden Unglücks einzuziehen. Er erhielt im Laufe des Abends ausführliche Berichte aus Berlin und London über den Umfang der Katastrophe. Die ‚White Star Gesellschaft‘ erhielt teilnahmsvolle Telegramme von Kaiser Wilhelm und von Prinz Heinrich von Preußen.

Von Nah und fern.

Ein seltsamer Fall trennt Schwesterliebe ereignete sich läufig in einem Altersheim in Königswinter i. Pr., in dem die Geschwister v. L. seit Jahren eine Stützstelle innehaben. Das eine Tel. v. L. starb. Als die Leiche nach polizeilicher Beschriftung schon nach wenigen Stunden nach der Leichenhalle gebracht werden sollte, brach die zweite Schwester, die an der Verlobten mit hingebender Liebe gehangen, fassungslos zusammen und verschrie, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben. Freunde hielten sie in die kläre Erst.

Der junge Mann lächelte und meinte: „Wenn es hier etwas zu malen gibt, wollen wir nicht zu malen.“

Der junge Mann lächelte und meinte: „Wenn es hier etwas zu malen gibt, wollen wir nicht zu malen.“

Der junge Mann lächelte und meinte: „Wenn es hier etwas zu malen gibt, wollen wir nicht zu malen.“

Der junge Mann lächelte und meinte: „Wenn es hier etwas zu malen gibt, wollen wir nicht zu malen.“

Der junge Mann lächelte und meinte: „Wenn es hier etwas zu malen gibt, wollen wir nicht zu malen.“

Der junge Mann lächelte und meinte: „Wenn es hier etwas zu malen gibt, wollen wir nicht zu malen.“

Der junge Mann lächelte und meinte: „Wenn es hier etwas zu malen gibt, wollen wir nicht zu malen.“

Der junge Mann lächelte und meinte: „Wenn es hier etwas zu malen gibt, wollen wir nicht zu malen.“

Der junge Mann lächelte und meinte: „Wenn es hier etwas zu malen gibt, wollen wir nicht zu malen.“

Der junge Mann lächelte und meinte: „Wenn es hier etwas zu malen gibt, wollen wir nicht zu malen.“

Der junge Mann lächelte und meinte: „Wenn es hier etwas zu malen gibt, wollen wir nicht zu malen.“

Der junge Mann lächelte und meinte: „Wenn es hier etwas zu malen gibt, wollen wir nicht zu malen.“

Der junge Mann lächelte und meinte: „Wenn es hier etwas zu malen gibt, wollen wir nicht zu malen.“

Der junge Mann lächelte und meinte: „Wenn es hier etwas zu malen gibt, wollen wir nicht zu malen.“

Der junge Mann lächelte und meinte: „Wenn es hier etwas zu malen gibt, wollen wir nicht zu malen.“

Der junge Mann lächelte und meinte: „Wenn es hier etwas zu malen gibt, wollen wir nicht zu malen.“

Der junge Mann lächelte und meinte: „Wenn es hier etwas zu malen gibt, wollen wir nicht zu malen.“

Der junge Mann lächelte und meinte: „Wenn es hier etwas zu malen gibt, wollen wir nicht zu malen.“

Der junge Mann lächelte und meinte: „Wenn es hier etwas zu malen gibt, wollen wir nicht zu malen.“

</div